

Märkische Allgemeine

Luckenwalder Rundschau

Donnerstag, 4. Mai 2023 | LWE - A 09385

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

Nr. 103 | 18. Woche | 78. Jahrgang | 2,30 €

Psycho-Terror im Lehrerzimmer



Schauspielerin Leonie Benesch gerät als Lehrerin zwischen die Fronten. **Seite 22**

MAZ

THEMEN DES TAGES

BLICKPUNKT

Im Niger droht eine humanitäre Katastrophe

Die Bevölkerung im Niger wächst rasant. 1960 lebten im Niger gerade einmal 2,9 Millionen Menschen, heute sind es rund 25 Millionen. Schon jetzt kann das westafrikanische Land die Menschen nicht mehr ernähren. Eine humanitäre Katastrophe droht. **Seite 3**

POLITIK

Bundesregierung schwenkt in der Asyldebatte um

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ist bereit, Asylverfahren an die EU-Außengrenzen zu verlagern – und die Grünen sind unter Umständen bereit, dem zuzustimmen; das ist eine Kehrtwende im Sinne des einst heftig kritisierten Horst Seehofer von der CSU. **Seiten 2 und 4**

WIRTSCHAFT

Lufthansa vor Umsatzrekord

Die Lufthansa spürt nach der Corona-Krise wieder kräftigen Aufwind. Das knappe Angebot an Flugzeugen und Personal treibt für die Passagiere die Ticketpreise nach oben. Das Unternehmen will Umsatz und Gewinn deutlich steigern. **Seite 9**

PANORAMA

Mafia-Razzia gegen 'Ndrangheta in Deutschland

Die 'Ndrangheta gilt als gefährlichste Mafia aus Italien. Sie ist auch in Deutschland aktiv. Mehr als 1000 Einsatzkräfte sind nun gegen die Organisation hiezulande vorgegangen, Dutzende Leute wurden verhaftet. **Seite 24**

LOTTO AM MITTWOCH

14 15 16 37 42 47 1
Alle Angaben ohne Gewähr Superzahl

FLÄMINGWETTER

DO	FR	SA
18° 8°	19° 9°	15° 9°

Redaktion 0331 | 2840-0
Vertrieb 0331 | 2840377
Anzeigen 0331 | 2840366
AboPlus-Service 0331 | 2840355
E-Mail kontakt@MAZ-online.de
www MAZ-online.de

@MAZonline @MAZ_online

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland



4 190941 102300



Begleiterinnen für ein längeres Leben

Dagmar Beutner (l.) und Carolin Gittel arbeiten im Nierenzentrum Luckenwalde. Neben 96 Dialyse-Patienten werden hier nun auch Kranke mit Fettstoffwechselstörungen und Long Covid betreut. **Seite 13**

FOTO: ELINOR WENKE

Windkraftbranche kritisiert Gesetzentwurf

Liste von geschützten Denkmälern: Nicht genug Flächen für Ausbau-Turbo

Von Ulrich Wangemann

Potsdam. Windkraftbranche und Befürworter eines schnellen Ausbaus der erneuerbaren Energien kritisieren den Entwurf der Landesregierung zur Novelle des Denkmalschutzgesetzes. Besonders eine zum Gesetzentwurf gehörende Liste von 93 Denkmälern, in deren Umfeld das Aufstellen von Windkraftanlagen von Denkmalschützern genehmigt werden muss, sorgt für Streit. Denn in einem Raum von bis zu zwölf Kilometern Radius um die einzelnen Denkmäler sollen Denkmalschützer das letzte Wort haben.

Diese Regelung drohe, „ein Drittel der Landesfläche für Windkraftanlagen als Standort auszuschließen“, sagte Ulf Siebert vom Windkraftentwickler WPD – das Gesetzesvorhaben war gestern Nachmittag Thema einer Expertenanhörung im Kulturausschuss des Landtags. Auf der Liste stehen die Potsdamer Schlösser, Schloss Rheinsberg, die Altstadt von Brandenburg/Havel, aber auch das Denkmal für die Schlacht bei Fehrbellin (1675) in Hakenberg (Ostprignitz-Ruppin), der Bahnhof von Bad Saarow (Oder-Spree) und etliche Herrenhäuser.

So wie der Gesetzentwurf derzeit aussehe, drohe „ein Verschleppen des Ausbaus“ der Windkraft, so Siebert. „Ganz einfach, weil kein Unternehmen das Investitionsrisiko

93

Denkmäler stehen auf einer Liste des Landes, in deren Umfeld das Aufstellen von Windkraftanlagen von Denkmalschützern genehmigt werden muss.

mehr eingehen wird – und das auf zum Teil jahrzehntlang ausgewiesenen und beplanten Windenergieflächen.“ Die WPD will Windräder nahe dem verfallenen Gut Damitzow in der Uckermark errichten. Das aber steht auf der 93er-Liste. Eine Investition von 30 Millionen Euro sei gefährdet, so Siebert.

Es sei unklar, nach welchen Kriterien die Schutzliste zusammengestellt worden sei, kritisiert Jan Hinrich Glahr, Vorsitzender des Landesverbands Windenergie. Die vorgesehenen Abstände seien zu groß gewählt, auch sei nicht transparent, wie eine Einzelfallprüfung im Umfeld der Denkmäler ablaufen werde. Glahr befürchtet, dass die Landesregierung zwar einen „großen Wurf“ geplant habe, aber schließlich „nur die Hälfte davon rumkommt“ für die Windkraftbranche – und den Klimaschutz. Entscheidend sei, dass das Gesetz Verfahren beschleunige und mehr Flächen freigebe.

Im Kulturausschuss des Landtags betonte der oberste Denkmalschützer des Landes, Thomas Drachenberg, die Liste sei noch nicht fertig. „Nach bisherigen Prognosen dürfte sie noch weniger Positionen haben“, als die 93 aktuell verzeichneten, so der Landeskonservator, dessen Behörde die Objekte auf der Liste ausgewählt hat. Auf eine Zahl wolle er sich aber nicht festlegen.

Die Liste sei außerdem nicht so zu

verstehen, dass in den aufgeführten Gebieten Windkraft ausgeschlossen sei. Vielmehr gebe es dort eine Prüfpflicht – im ganzen Rest des Landes aber nicht mehr. „Es geht um Bürokratievereinfachung“, sagte Drachenberg. Brandenburg verfüge über 14.000 Denkmäler. Von denen sollen jene besonders geschützt werden, die „einen besonderen Raumbezug“ in der Landschaft haben.

Brandenburg hat nach Auffassung von Jens Graf, dem Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, mit 4000 Windkraftanlagen bereits einen erheblichen Anteil zur Klimawende geleistet. Nun komme es auf das richtige Maß an.

Neben Windkraftanlagen will Kulturministerin Manja Schüle (SPD) die Installation von Photovoltaikanlagen an Baudenkmalern erleichtern. Das bezeichnete die AfD-Abgeordnete Daniela Oeynhausen als ideologisches Projekt. Dagegen sagte der Länderbeauftragte der evangelischen Landeskirche, Martin Vogel, die Gesellschaft habe „schon viel wertvolle Zeit verloren“ beim Klimaschutz. „Die Gemeinden sehen sich zunehmend mit einer ziemlich klaren Erwartung aus der Bürgerschaft konfrontiert, dass gerade auf Kirchengebäuden die Chance für die Installation von Photovoltaikanlagen genutzt werden soll“, so Vogel. **Seite 7**

Wissing verhandelt nicht

Bundesverkehrsminister hat keinen neuen Termin mit Letzter Generation vereinbart

Berlin. Bundesverkehrsminister Volker Wissing hat nach eigenen Angaben keinen neuen Gesprächstermin mit der Klimagruppe Letzter Generation. Der FDP-Politiker sagte gestern in Berlin, er habe keine weiteren Termine vereinbart. Die Gruppe habe Interesse an einem Folgetermin gehabt. Wissing sagte, er habe deutlich gemacht, er verhandle nicht.

Eine Vertreterin der Klima-

gruppe Letzte Generation hatte nach einem Gespräch mit Wissing am Dienstag gesagt, man werde mit Wissing weiter im Gespräch bleiben, und zwar Mitte Mai. Die Klimagruppe hatte angekündigt, mit ihren Protesten weiterzumachen. Die Letzte Generation stört immer

wieder mit Blockaden den Verkehr, um auf ihre Forderungen für einen schnelleren und strikteren Klimaschutz hinzuweisen.

Das Verkehrsministerium

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP). FOTO: IMAGO/FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK.DE



Mehr Unfälle durch Alkohol und Drogen

Cottbus. Die Zahl der Verkehrsunfälle durch Alkohol und Drogen ist 2022 in Südbrandenburg im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Im vergangenen Jahr seien 371 Unfälle durch alkoholisierte oder berauschte Verkehrsteilnehmer verursacht worden, 2021 waren es 306, wie die Polizeidirektion Süd gestern mitteilte. Am Dienstagvormittag wurden in diesem Zusammenhang im Landkreis Dahme-Spreewald 115 Autofahrer kontrolliert. Fünf Fahrer waren alkoholisiert.

Obama traf Ex-Kanzlerin Merkel

Berlin. Der ehemalige US-Präsident Barack Obama hat bei seinem Besuch in Berlin auch ein Wiedersehen mit Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) gehabt. Sie kamen am Dienstag zu einem nicht-öffentlichen Gespräch zusammen, wie das Büro der Bundeskanzlerin außer Dienst bestätigte. Der 61-jährige Obama trat gestern Abend mit einer Lesung vor Tausenden Zuhörern in der Berliner Mercedes-Benz-Arena auf.

Selenskyj überraschend in Helsinki

Helsinki. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat sich bei einem Überraschungsbesuch in Finnland für die anhaltende Unterstützung aus dem Norden Europas bedankt. Selenskyj zeigte sich auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö überzeugt, dass Kiew auch bald westliche Kampfjets erhalten werde. „Bald werden wir in die Offensive gehen“, betonte der 45-Jährige. **Seite 5**